

Rheinfelder Woche

Kuba scheitert und lernt daraus. Was lernt die SP?

7. September 2026

Kolumne



(Bild: © Adrian Ehrbar Photography) Dr. Adrian Schoop ist Unternehmer und FDP-Grossrat im Kanton Aargau.

Kuba öffnet seine Wirtschaft so weit wie seit dem Ende der 1950er-Jahre nicht mehr. Weniger aus Überzeugung, sondern aus purer Not. Die kommunistische Führung hat offenbar begriffen, dass nur verteilt werden kann, was zuvor erarbeitet wurde. Die SP sollte genau hinsehen.

Kaum ein anderes Land hat sich so lange mit einem mörderischen Staatssozialismus am Abgrund bewegt wie Kuba. Doch diese Zeit scheint für Kuba vorüber zu sein. Das Versagen dieses Systems lässt sich nicht mehr kaschieren. Kubas Staatspräsident Miguel Díaz-Canel sprach unlängst vor dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei über die schwere Krise seines Landes. Er sprach von Schwerfälligkeit, Bürokratie und Vorschriften, die jene ausbremsen, die etwas leisten und produzieren wollen. Nicht erst seit den Sanktionen der USA fehlt es an Treibstoff und lebenswichtigen Gütern. Das Land hat über Jahrzehnte private Initiative verhindert und Staatsbetriebe künstlich am Leben erhalten. Wirtschaftliche Entscheide wurden der Politik überlassen.

Die sozialistische Wirtschaftspolitik hat Kuba sprichwörtlich gegen die Wand gefahren. Kuba liberalisiert nun seine Wirtschaft: Staatsunternehmen sollen in Aktiengesellschaften überführt werden, private Investoren können sich beteiligen. Unternehmer erhalten mehr Freiheiten, marode Staatsbetriebe werden geschlossen, und ausländische Investitionen werden ausdrücklich gefördert. Nach Jahrzehnten des real existierenden Sozialismus entdeckt Kuba den Markt. Nicht aus Überzeugung, sondern weil der Sozialismus das Land direkt in den Ruin geführt hat.

Die SP: Von der Partei der Arbeiter zur Partei der Moralisten

«Wenn eine Gesellschaft keinen Wohlstand und keine Güter produziert, dann gibt es nichts zu verteilen», sagte Kubas Präsident. Diesen Satz sollten sich die abgehobenen Eliten der SP über ihren Schreibtisch hängen. Früher forderten pragmatische Sozialdemokraten einen effizienten Staat, eine begrenzte Steuerbelastung und den Abbau der Staatsschulden. Wer heute solche Positionen SP-intern verträte, würde von den Genossen vermutlich umgehend als Verräter an der

sozialistischen Sache gebrandmarkt. Die SP gefällt sich heute nur noch in der Rolle der moralischen Überlegenheit; gut ist, was sozialistische Züge trägt – koste es, was es wolle.

Unter ihrer heutigen Führung hat sich die Partei so weit nach links bewegt, dass jeder weitere Schritt in den Abgrund führt. Sie zählt heute zu den linksten Parteien Europas. Ob dabei die deutschen Sozis oder gar die Partei «Die Linke» als Vorbild dienen? Kompromisslos geben einstige Juso-Hardliner den Ton an. An die Stelle der pragmatischen Sozialpolitik ist eine verworrene woke Identitätspolitik getreten. Ultimative Forderungen nach noch mehr Umverteilung, höheren Steuern, mehr Abgaben, neuen Subventionen und drastisch mehr staatlichen Leistungen bilden heute den sozialistischen Leitfaden einer einst vernünftigen Arbeiterpartei.

Treibt die junge Linke die Angst vor dem eigenen sozialen Abstieg um? Oder ist es ihre Unlust, den Wecker zu stellen und arbeiten zu gehen? Ihren Lebensstandard soll offenbar der Staat sichern; bezahlen sollen ihn die Leistungsträger mit immer höheren Steuern. Schon länger richtet sich diese zerstörerische Ideologie gegen genau jene Werte, auf denen Wohlstand und Freiheit unseres Landes beruhen.

Es gibt nichts zu verteilen, was nicht geschaffen wurde. Die entscheidende Frage bleibt unbeantwortet. Was ist das Endziel einer Politik, die Unternehmen immer stärker belastet und gleichzeitig immer mehr Geld verteilen will? Was bleibt zu verteilen, wenn jene, die arbeiten und am frühen Morgen ihren Hintern bewegen, nur noch den gierigen Schlund eines wachsenden Staatsungeheuers füttern?

Natürlich will die SP morgen keinen kubanischen Einparteiensstaat einführen. Aber offenbar müssen die Fehler Kubas um jeden Preis auch noch in der Schweiz ausprobiert werden, um sicherzugehen, dass es wirklich Fehler sind. Kuba müsste uns eine mehr als deutliche Warnung sein. Für die SP scheint dieser gescheiterte Staat eher eine Betriebsanleitung für die Zerstörung der bisher so erfolgreichen Schweiz zu sein.

Ihre Meinung zu diesem Thema interessiert uns. Schreiben Sie per Mail an: schoop@aargauerwoche.ch

